

Seminar „Stand & Perspektiven für Abfallwirtschaft und
Abfallentsorgung in der EU und Russland“
Ulan-Ude, 02. Juli 2009

Abfallwirtschaft in Österreich



Felicitas Schneider

Institut für Abfallwirtschaft
Universität für Bodenkultur Wien, Österreich

Inhalt des Vortrages

- Entwicklung der Abfallwirtschaft
- rechtliche Grundlagen
- abfallwirtschaftliches System
- derzeitige Herausforderungen für die Zukunft

Österreich



Entwicklung der Abfallwirtschaft in Österreich

- 1839: Einführung verpflichtender Teilnahme an öffentlicher Abfallsammlung für Haushalte in Wien
- 1923: Umstellung auf System Colonia in Wien
- 1934: Wiener Landesgesetz zur Müllabfuhr – bis dahin war Abfuhr des Abfalls für Haushalte kostenlos
- ab 1964: Altpapier getrennt erfasst in Österreich

Entwicklung der Abfallwirtschaft in Österreich

- 1965: Müllabfuhr mindestens einmal pro Woche in Wien
- ab 1966: Alttextilien in großem Umfang gesammelt in Österreich
- 1960/70ern: Übergang zu geordneten Deponien in Österreich
- ab 1974: erste Verwertungsanlage für Kunststoffe in Österreich

Entwicklung der Abfallwirtschaft in Österreich

- 1975: Modellversuch zur getrennten Sammlung von Kunststoffen & Altglas in Wien
- ab 1976: Altglas österreichweit getrennt erfasst
- 1978: Deponie Rautenweg eröffnet – bis heute in Betrieb
- 1990: Abfallwirtschaftsgesetz tritt in Kraft
- ab 1990ern: Vorbehandlung, Vermeidung
- 1993: Verpackungsverordnung tritt in Kraft

Rechtliche Grundlagen der Abfallwirtschaft



- Europäische Rechtsvorschriften
 - Richtlinien (werden national umgesetzt)
 - Verordnungen (gelten unmittelbar)
 - Rechtssprechung EU-GH, Entscheidungen der Kommission/Rat,...
- Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG)
- Verordnungen zum AWG
- Landesabfallgesetze
- Normen (können verbindlich erklärt werden)
 - Nationale: ÖNORM
 - International: z.B. ISO, CEN (Comité Européen de Normalisation)

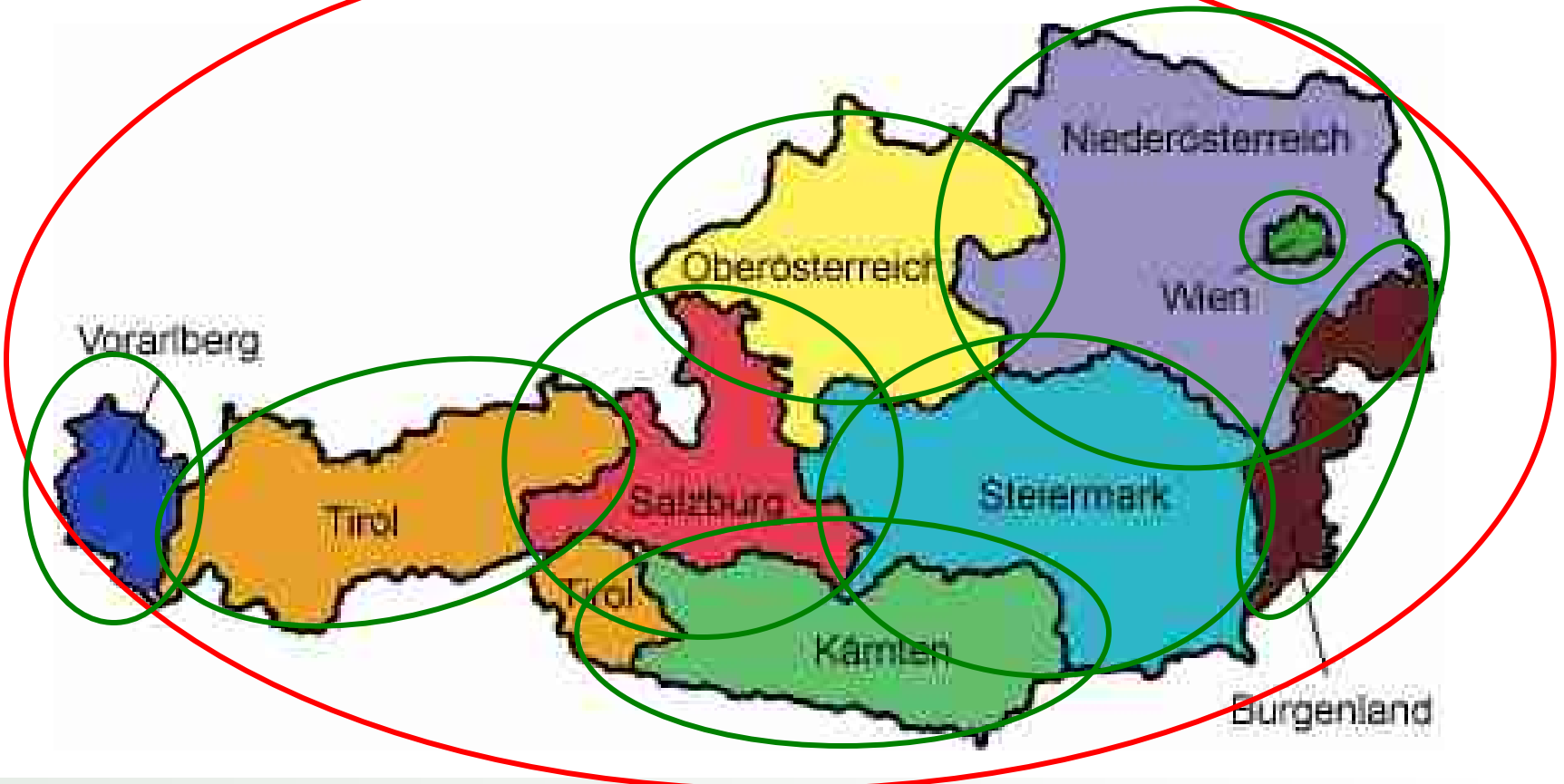


Rechtliche Grundlagen der Abfallwirtschaft

1 Abfallwirtschaftsgesetz

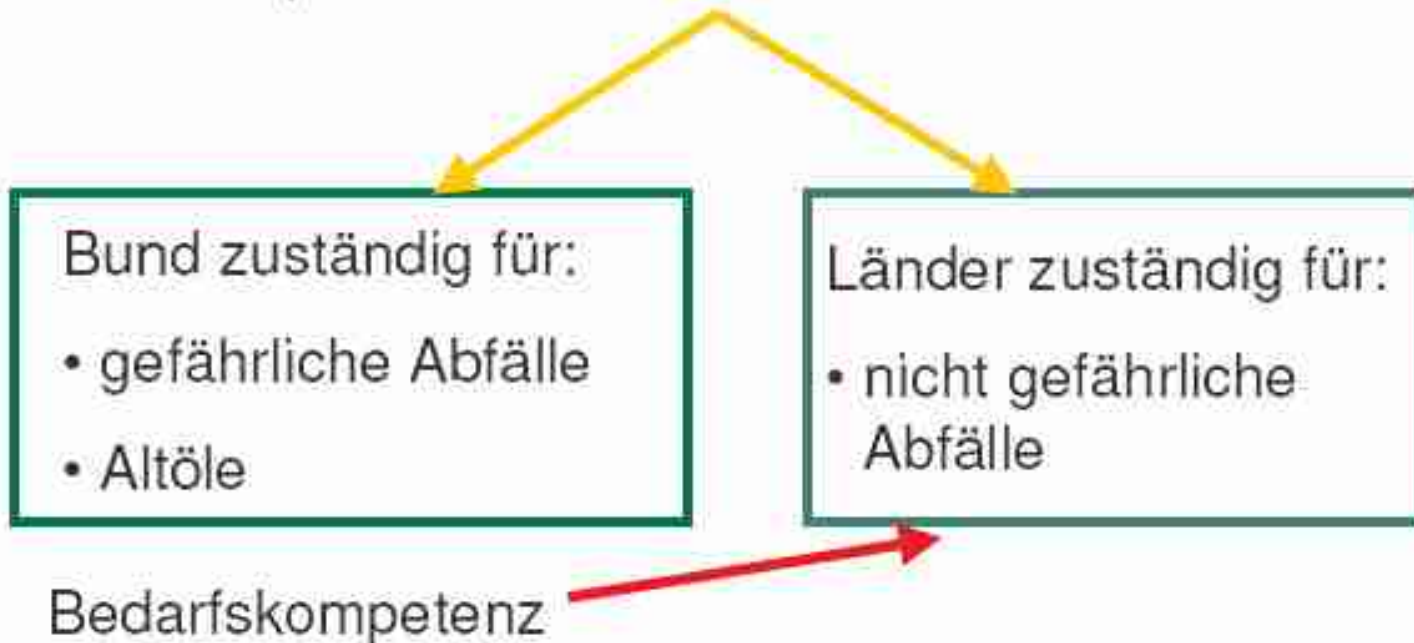
&

9 Landesabfallgesetze



Rechtliche nationale Bestimmungen

Novelle zum B-VG 1988 (Bundesverfassungsgesetz) Kompetenzbestand „Abfallwirtschaft“



Abfallverbände in Österreich

Bsp. Niederösterreich:
 554 von 573 Gemeinden in 22
 Abfallverbänden zusammen-
 geschlossen



Ziele des Abfallwirtschaftsgesetzes (1)

Die Abfallwirtschaft ist im Sinne des Vorsorgeprinzips und der Nachhaltigkeit danach auszurichten, dass

- 1) schädliche oder nachteilige **beeinträchtigende Einwirkungen** auf Mensch, Tier und Pflanze (...) so gering wie möglich gehalten werden;
- 2) die Emissionen von Luftschadstoffen und **klimarelevanten** Gasen so gering wie möglich gehalten werden;

Ziele des Abfallwirtschaftsgesetzes (2)

Abfallwirtschaft ist danach auszurichten, dass ...

- 3) **Ressourcen** (Rohstoffe, Energie, Wasser, Landschaft...) geschont werden;
- 4) bei der **stofflichen Verwertung** die Abfälle oder Stoffe kein höheres Gefährdungspotential aufweisen als Primärrohstoffe;
- 5) nur solche Abfälle zurückbleiben, deren Ablagerung keine **Gefährdung** für **nachfolgende Generationen** darstellt.

Grundsätze des Abfallwirtschaftsgesetzes (1)

- Die Abfallmengen und deren Schadstoffgehalte sind so gering wie möglich zu halten.
(**Abfallvermeidung**)

- 2) Abfälle sind zu verwerten, soweit dies **ökologisch zweckmäßig** und technisch möglich ist, soweit die dabei entstehenden **Mehrkosten** im Vergleich zu anderen Verfahren der Abfallbehandlung nicht unverhältnismäßig sind und ein **Markt** für die gewonnenen Stoffe oder die gewonnene Energie vorhanden ist oder geschaffen werden kann.
(**Abfallverwertung**)

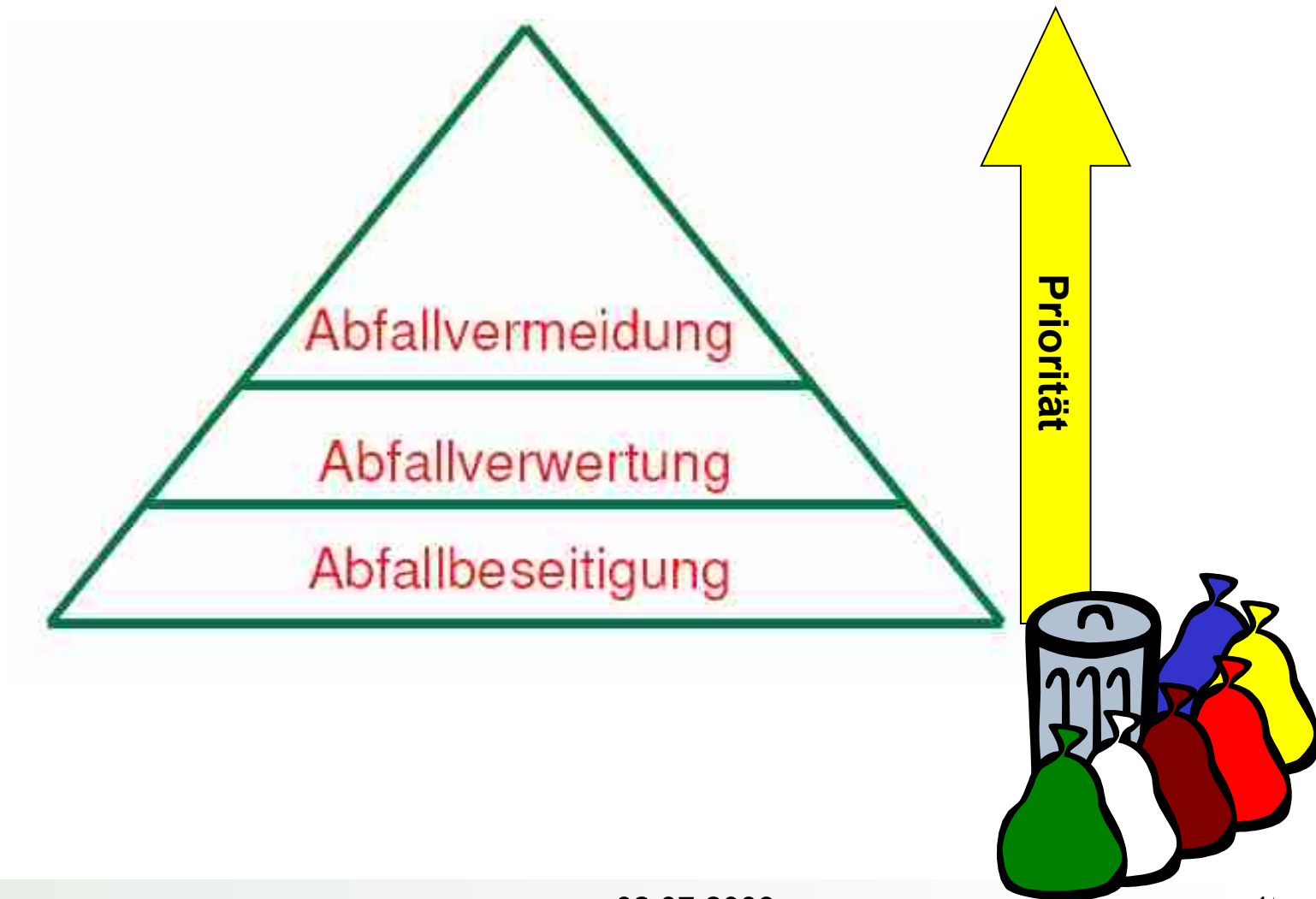
Grundsätze des Abfallwirtschaftsgesetzes (2)

3) Abfälle, die nicht verwertbar sind, sind je nach ihrer Beschaffenheit durch

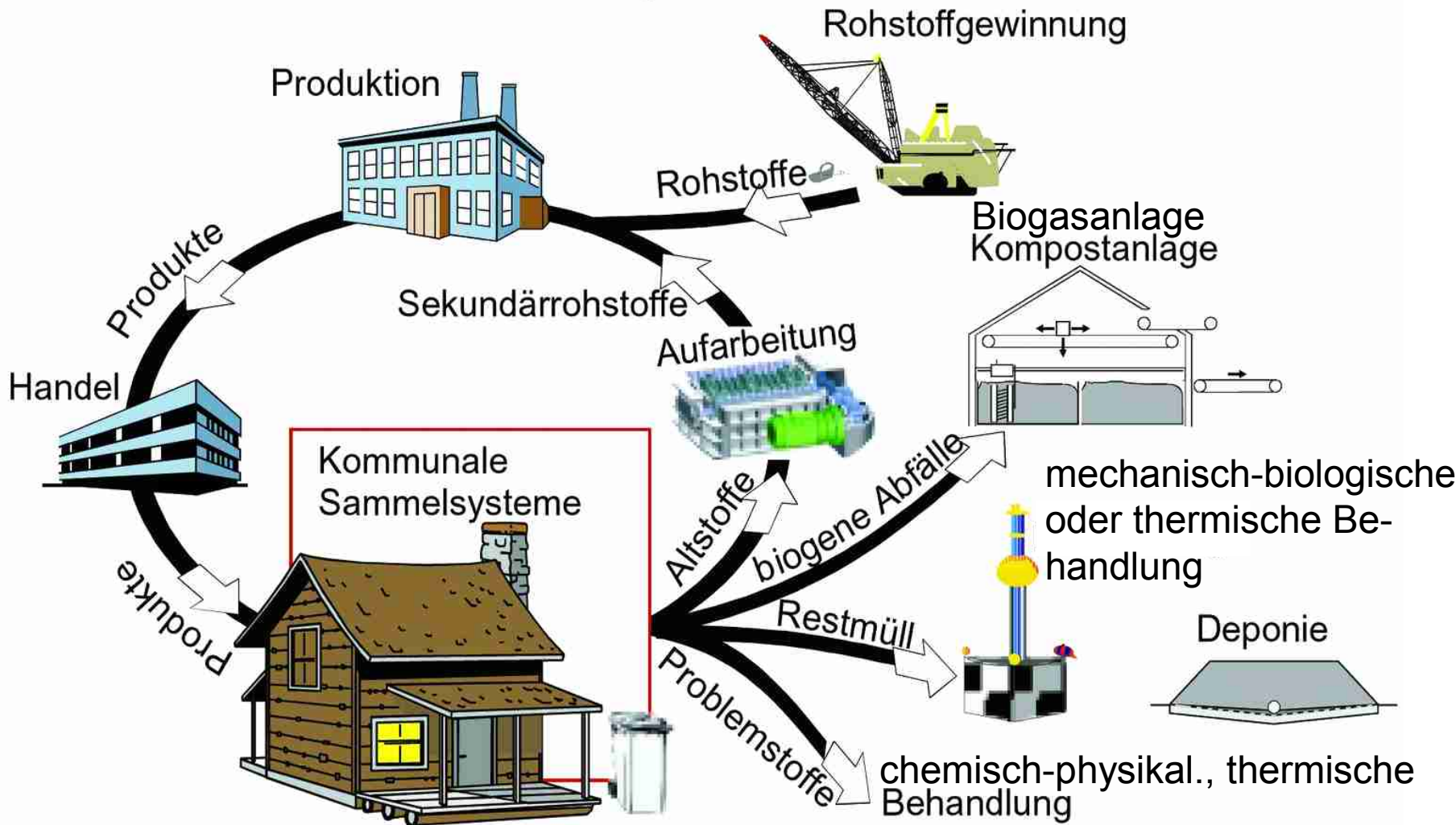
- biologische,
- thermische oder
- chemisch physikalische

Verfahren zu behandeln. Feste Rückstände sind möglichst reaktionsarm und konditioniert geordnet abzulagern. (**Abfallbeseitigung**)

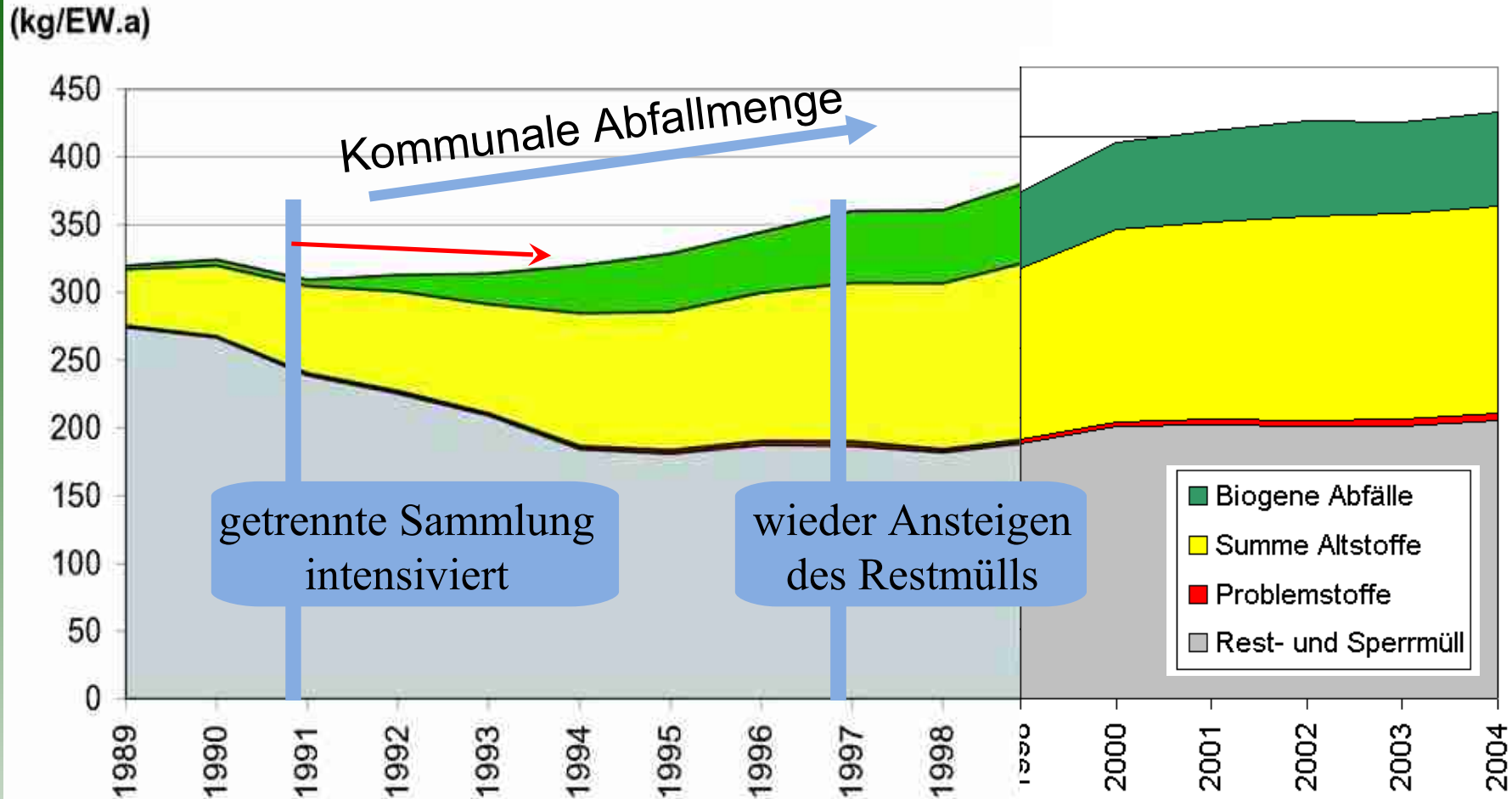
Prioritäten des Abfallwirtschaftsgesetzes



Abfallsammlung, -verwertung & -beseitigung



Entwicklung Abfallaufkommen in Österreich



Quelle: Bundesabfallwirtschaftsplan 2006

aktuelle Herausforderungen in Österreich

Beispiele:

- Abfallvermeidung
 - Verpackungszielverordnung
- Sanierung von Altlasten
 - Finanzierung und Umsetzung der Sanierung von Altlasten

Beispiel: Mehrweggetränkeverpackungen

- Verpackungszielverordnung 1990
 - Festlegung von Quoten für die Wiederverwendung (= Mehrweg und stoffliche Verwertung) von Getränkeverpackungen mit bis zu 90 %
 - Festlegung von Maßnahmen, wenn Quote nicht erreicht
- von Industrie & Lebensmittelhandel werden Einwegverpackungen bevorzugt, der Mehrweganteil bei Getränken sinkt ab
- kurz vor Ablauf der Frist zur Überprüfung wurde klar, dass Quoten nicht erreicht werden können, weil Anteil stofflicher Verwertung den Rückgang der Mehrweggebinde nicht kompensieren kann

Beispiel: Mehrweggetränkeverpackungen

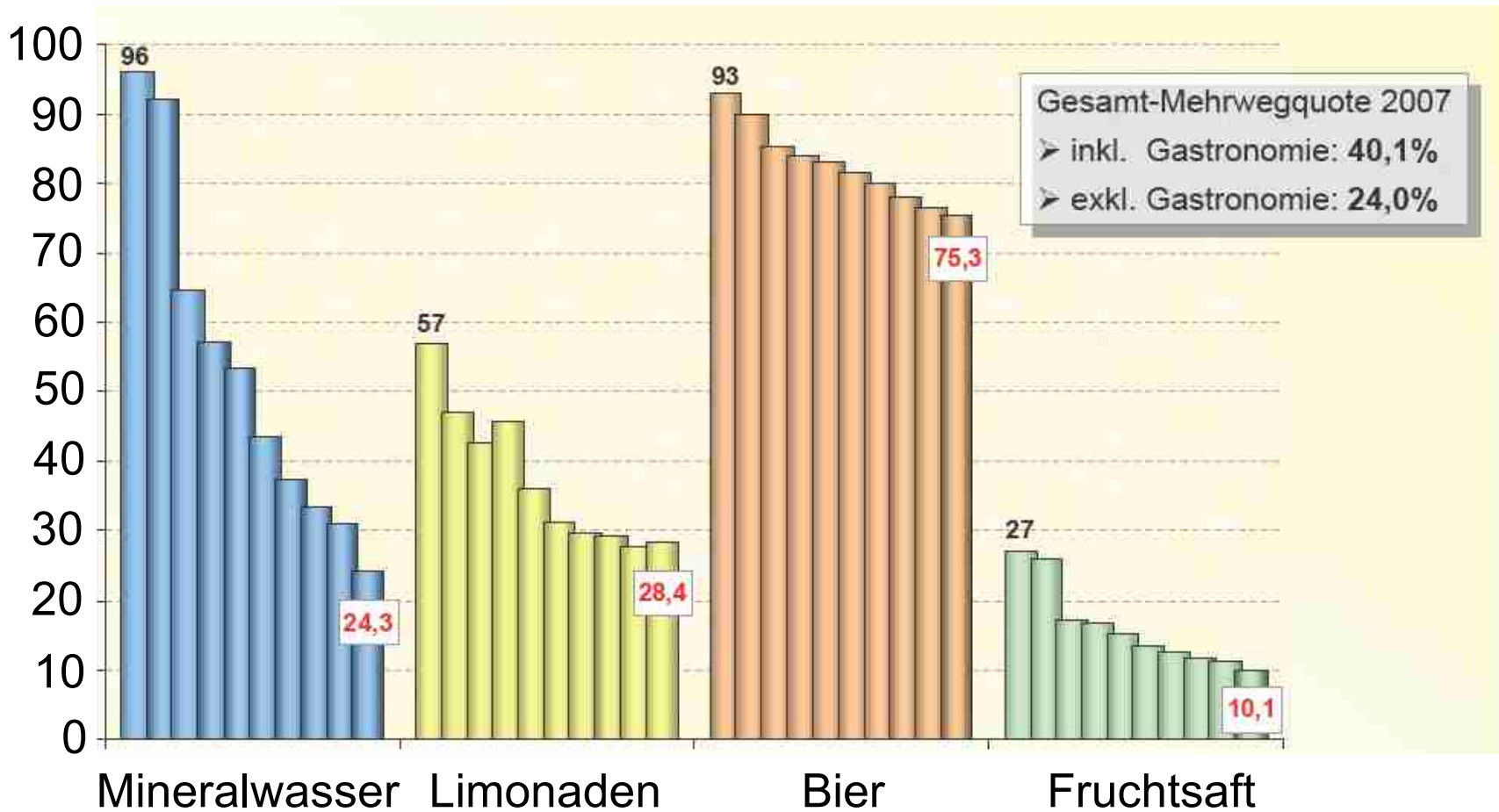
- Quoten werden in Novelle zur Verpackungszielverordnung 2000 herabgesetzt
- einige Unternehmen, die auf gesetzliche Basis vertraut haben, erleiden wirtschaftlichen Schaden
- Verfassungsgerichtshof hebt Novelle nach langem Rechtsstreit auf (Oktober 2002)
- dadurch entsteht rechtlicher Leerraum, da alte Quoten nicht mehr gültig und keine neuen erlassen
- Verfassungsgerichtshof fordert Minister auf, Verordnung bis März 2003 zu vervollständigen
- 3 Jahre lang passiert nichts

Beispiel: Mehrweggetränkeverpackungen

- 2006 wird Verpackungszielverordnung durch Minister aufgehoben und durch „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Wirtschaft ersetzt
- Quoten zur Wiederbefüllung bzw. stofflichen Verwertung gibt es nicht mehr
- statt dessen sollen CO₂-Emissionen entlang der Produktion gesenkt werden (ohne konkrete Ziele)
- Mehrweganteil bei Getränken dramatisch gesunken
- Ökobilanzen zeigen, dass Wiederbefüllung für österreichische Verhältnisse ökologisch vorteilhafter gegenüber Einweg ist
- weitere Entwicklung bleibt abzuwarten

Beispiel: Mehrweggetränkeverpackungen

Mehrweganteil Getränkeverpackungen [%]



Quelle: Mayr, 2009

Altlastenbeispiel „Fischer Deponie“

geschichtliche Entwicklung:

1970 Ablagerung von industriellen und gewerblichen Abfällen in ehemaligem Schotterabbau südlich von Wien ohne jeglichen Grundwasserschutz

1972 Ablagerung von Fässern (organische Lösungsmittel, synthetische Harze etc.)

4 schwere Kontamination eines der größten Grundwasservorkommen in Mitteleuropa durch chlorierte Kohlenwasserstoffe festgestellt

bis 1987 ungehinderte weitere Ablagerung von Fässern ohne effektives Einschreiten der Behörden

6 Schließung der Deponie

ab 2002 Räumung der Deponie durch Finanzierung des Staates

Altlastenbeispiel „Fischer Deponie“ II

Auswirkungen:

- ab 1988 als Sofortmaßnahme Sperrbrunnen um die Deponie gesetzt – bis heute in Betrieb
- von 2002 bis 2005 rund 1 Million t Bauschutt und Gewerbeabfälle, darunter 44.000 Tonnen gefährliche Abfälle entfernt
- 920.000 Tonnen verunreinigter Schotter entsorgt
- Aufteilung des Materials auf geordnete Deponien
- Kontamination des Grundwassers für mehr als 500.000 Einwohner
- Räumungskosten belaufen sich auf ca. 130 Millionen Euro

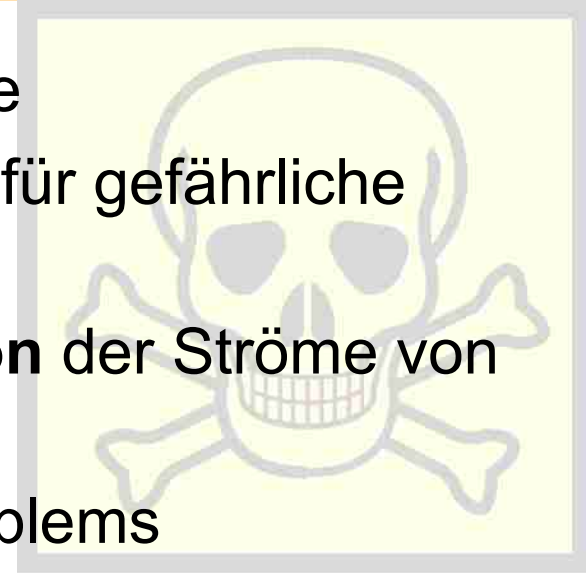
Fischer Deponie



Problemfeld Altlasten in Österreich

Gründe für dieses und andere Beispiele

- fehlende **Behandlungskapazitäten** für gefährliche Abfälle
- **keine ausreichende Dokumentation** der Ströme von gefährlichen Abfällen
- **kaum Wahrnehmung** des Abfallproblems



Auswirkungen

- gestiegene Wahrnehmung durch Bevölkerung und Politik (mediales Interesse und Aufbereitung!)
- Anstoß für rechtliche Maßnahmen
- Entwicklung einer effektiven Strategie und Umsetzung Ende der 1980er Jahre

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Abfallverbrennungsanlage Spittelau in Wien, Quelle: ABF